

# Volksstimme

Einzelpreis 160 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannschich & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 22. bis 28. Oktober 900 Millionen Mark, Abholer 880 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die Lugetpatrone, 1 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 84 Mt., auswärts 108 Mt., Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Mt., Vereinstalender 96 Mt., die Dreispaltige, 10 Millimeter breite Zeile örtlich 420 Mt., auswärts 540 Mt. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungverleger, ab 24. Okt. 12000 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiaten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg

Nr. 249.

Magdeburg, Donnerstag den 25. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

## Die Ernährungsnot.

### Eingreifen des Oberpräsidenten.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse Göring, hat sich entschlossen, von sich aus Maßnahmen zu treffen, die über diese schlimmen Wochen und Tage hinweghelfen sollen. Es wird der Versuch gemacht, im Gebiete der Provinz Sachsen Ordnung auf dem Markte der wichtigsten Lebensmittel zu schaffen.

Der Oberpräsident schickt seiner Verordnung folgenden Aufruf voraus:

Die Not des deutschen Volkes hat ihren Höhepunkt erreicht. Jedermann erkennt, daß es so unmöglich weitergehen kann. Der Vernichtungswille Frankreichs sowie eine unverantwortliche Spekulation haben in den letzten Wochen den Sturz der Mark mit ungeahnter Schnelligkeit vollzogen. Mit ihm überstürzten sich die Preise aller Lebensmittel. Erwerbslose, Kleinrentner, Arbeiter, Angestellte und Beamte sind nicht mehr in der Lage, von ihren Einkünften den allernotwendigsten Lebensbedarf zu bestreiten. Die Arbeitgeber erklären, höhere Löhne und Gehälter nicht zahlen zu können, sondern die Betriebe stilllegen zu müssen. Was Wunder, daß sich der gesamten Bevölkerung eine Erregung bemächtigt hat, die leider auch vor unbedachten Taten nicht zurückbleibt. Noch wenige Tage in diesem Fahrwasser, und der Untergang des deutschen Volkes ist vollendete Tatsache.

Dies mitanzusehen und dem in den Abgrund rollenden Wagen nicht in die Speichen fallen, heißt sich mit Mühseligkeit machen an dem sicheren Zusammenbruch. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß in dieser Notlage jeder Deutsche bereit ist, die größten Opfer zu bringen, um das Vaterland zu retten, halte ich als erster Beamter der Provinz Sachsen mich für verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die mir im Interesse der Gesamtbevölkerung, sowohl der erzeugenden wie der Verbrauchenden, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung geeignet erscheinen. Erhöht die Bevölkerung wieder zu erschwinglichen Preisen Lebensmittel, so wird auch wieder Besonnenheit Einkehr halten und nicht wieder gutzumachendes Unglück verhindert werden.

Wir hoffen, daß der Oberpräsident nicht enttäuscht wird, wenn er darauf baut, daß „in dieser Notlage jeder Deutsche bereit ist, die größten Opfer zu bringen“.

### Die Verordnung des Oberpräsidenten.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung und gemäß §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265) sowie des § 10 II 17 Allgemeinen Landesrechts bestimme ich mit Zustimmung des Provinzialrats was folgt:

§ 1.

Die Ausführung sämtlicher Lebens- und Futtermittel aus der Provinz Sachsen ist nur, falls der eigene Bedarf sichergestellt ist, mit Genehmigung der Regierungspräsidenten zulässig.

§ 2.

Zwecks ausreichender Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln, Milch, Butter und Fleisch sind die Landräte, in den kreisfreien Städten die Ortspolizeibehörden berechtigt, die vorgenannten Lebensmittel beim Erzeuger oder Händler zu beschlagnahmen und den Bedarfstellen zuzuführen. Für die Beschlagnahme und Zuführung von Lebensmitteln über den Bereich eines Kreises hinaus ist, soweit die Lebensmittel im Bereich des Regierungsbezirks gebraucht werden, der Regierungspräsident, darüber hinaus der Oberpräsident zuständig.

§ 3.

Für die nachstehenden Lebensmittel werden bis auf weiteres folgende Höchstpreise festgesetzt:

	Erzeugerpreis	Großhandelszuschlag	Kleinhandelszuschlag
1. Kartoffeln je Zentner	2 Milliarden ab Reichsbahnstation	Fracht + 15 % Platzhandel + 10 %	+ 25 %
2. Getreide je Zentner	ab Erzeuger od. Station	Großhandelszuschlag	Kleinhandelszuschlag
Weizen	13 Milliarden	+ 6 %	+ 12 %
Roggen	11	+ 6 %	+ 12 %
Gerste	9	+ 6 %	+ 12 %
Safer	8	+ 6 %	+ 12 %
3. Milch je Liter	ab Stall 200 Millionen	ab Molkerei 235 Millionen	Kleinhandelspreis 260 Millionen
4. Butter 1 (Molkerei) je Pfund	ab Erzeuger Fracht und Postage	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
2 Milliarden	70 Millionen	2,4 Milliarden	2,6 Milliarden
5. Schlachtvieh je Pfund	Lebendgew. Schlachtgew.	Großhandelszuschlag	Kleinhandelszuschlag
	Millionen	Millionen	
Schwein	600	720	+ 4 %
Rind	480	720	+ 4 %
Lamm	420	630	+ 4 %
Salz	400	610	+ 4 %

Die Kommunalverbände sind berechtigt, mit Genehmigung der Regierungspräsidenten andere Groß- und Kleinhandelspreise festzusetzen.

§ 4.

Die Hingabe und Annahme von Getreide, Erzeugnissen daraus und den im § 2 genannten Lebensmitteln als Zahlungsmittel ist verboten.

§ 5.

Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß des Geldstrafengesetzes vom 27. 4. 1923 (R.-G.-Bl. S. 254) in Verbindung mit dem Gesetz über Vermögensstrafen und Bußen vom 18. 10. 1923 (R.-G.-Bl. S. 943), sofern nicht die bestehende Gehebe eine höhere Strafe bestimmen, mit Geldstrafe bis zu 10 Milliarden Mark bestraft. Daneben kann auf Beschlagnahme und Entziehung der Handels Erlaubnis erkannt werden.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit dem 24. Oktober 1923 in Kraft. Magdeburg, den 23. Oktober 1923.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.  
gez. Göring.

### Der neue Ernährungsminister.

Der Abg. Graf Ranitz ist zum Reichsernährungsminister ernannt worden. Er ist zuvor aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten und begründet diesen Schritt damit, daß er die Obstruktion dieser Partei gegen die heutige Regierungskoalition nicht mitmachen könne. Er fühlt sich verpflichtet — und hält die Landwirtschaft für verpflichtet — alles aufzubieten, um dem deutschen Volke über diesen fürchterlichen Winter hinwegzuhelfen.

Wird die Kraft des Grafen Ranitz ausreichen? Wird sein Einfluß auf die Landwirtschaft so groß sein, daß sie freiwillig Opfer bringt? Wird Ranitz den Mut aufbringen, nicht nur Minister zu werden, sondern auch als Minister zu handeln, d. h. seine Berufsgenossen, die nicht einsehen, daß es jetzt um Höheres geht als um die ungeschmälerten Verdienste, zur Einsicht zu zwingen?

Ranitz darf nicht erwarten, daß ihm die Bevölkerung Vertrauen entgegenbringt, zumal die bisherigen Leistungen des Kabinetts Stresemann nur Enttäuschung über Enttäuschung gebracht haben.

Auf dem Papier führt sich allerdings der neue Reichsernährungsminister recht sympathisch mit folgendem Aufruf an die Landwirtschaft ein:

An meine Berufsgenossen!

In schwerster Not des Vaterlandes habe ich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernommen. Zum erstenmal ist ein praktischer Landwirt für dieses Amt ausgerufen. Ich bin aus meiner Partei ausgeschieden, weil sie im Kampfe gegen die heutige Regierungskoalition steht. Dieser Entschluß ist mir schwer geworden. Er mußte aber gebracht werden. Ich habe jeder Parteipolitik vorläufig entsagt, weil ich der Ansicht bin, daß auf dem Wege der rein parteipolitischen Auseinandersetzung Deutschland nicht gerettet werden kann und weil ich vor allem glaube, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Entschlüsse und Opfer

des einzelnen erfordern. Daß politischer Ehrgeiz nie und nimmer die Triebfeder zu meinem Entschlusse gewesen ist, weiß jeder, der mich kennt.

Deutschlands Not ist nicht zum wenigsten durch den erbitterten Parteikampf, den parteipolitischen Kampf aller gegen alle, das allseitige Mißverständnis, herbeigerufen. Nur wenn das Trennende zurückgestellt wird, wenn alle Hände zugreifen, wenn keiner abseits steht, ist Rettung möglich.

Im derzeitigen Reichskabinett kann und werde ich lediglich für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe hauptsächlich darin sehen, im Rahmen des heute überhaupt Möglichen

### Nahrungsmittel für das hungernde Volk

zu schaffen, damit es die kommende schwere Krise noch lebend übersteht. Millionen treuer Deutscher sehen heute im verzweifeltsten Kampfe um ihre Existenz. An uns Landwirten ist es, die größte Not zu lindern, zu helfen und an der Ueberbrückung der sich täglich erweiternden Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu arbeiten. Das in seinen Folgen fürchterliche

### Mißverstehen zwischen diesen beiden Gruppen

zu mildern, das Verständnis für die beiderseitigen Lebensnotwendigkeiten zu erweitern, wird mir erste patriotische Pflicht sein. Daß ich als praktischer Landwirt mich zu keinerlei Maßnahmen verstehen werde, die die Produktion lähmen und die zur Linderung der fürchterlichen Not erforderliche notwendige Schaffung von Nahrungsmitteln hindern könnte, ist selbstverständlich.

Viele meiner bisherigen Parteifreunde werden meinen Schritt beurteilen, weil sie es für unantastlich halten, in eine Regierung einzutreten, die ihrer Ansicht nach falsche Wege geht. Ich weiß aber auch, daß die überwiegende Mehrheit meiner Berufsgenossen aus allen Parteien meinen Entschluß grundsätzlich billigen wird als den Ausdruck der täglich in allen Volksteilen wachsenden Er-

kennnis. Es geht nicht an, daß in höchster Not des Vaterlandes wichtige Berufsstände infolge parteipolitischer Bindung oder anderer Hemmungen abseits stehen. Es geht nicht an, den Untergang des Vaterlandes lediglich zu prophezeien,

ohne helfend beizuspringen.

Das jahrelange Verharren vieler Teile des Volkes in mehr oder weniger negativer Opposition mag vielleicht in normalen friedlichen Zeiten seine Berechtigung haben. Heute aber ist es sehr bedenklich; denn aus dem infolge solchen Weisheitstuns mit Sicherheit zu erwartenden wirtschaftlichen und politischen Chaos kann nur der Verfall des Reiches, der endgültige Untergang Deutschlands, nicht aber die wirtschaftliche und nationale Erstarbung entstehen. Diese, die ich dringend erhoffe, wird nur kommen, wenn die Reichseinheit erhalten bleibt

und kein Hungerchaos entsteht. Diese beiden hauptsächlichsten Ziele im Auge haltend, werde ich an meine schwere und vorläufig sicherlich sehr undankbare Aufgabe gehen. Mein Entschluß bedeutet für mich schwerste persönliche Opfer aller Art. Es gehört auch ein gewisser Mut zu solchem Schritt in diesem Augenblick höchster deutscher Krisis. Ohne persönliche Opfer ist aber dem Vaterland in dieser schweren Stunde nicht geholfen, und mein Vaterland ist mir auch heute noch — und gerade heute — jedes Opfer wert.

Schiff in Not, alle Mann an Deck! Nur aus dieser Einstellung heraus habe ich mich zur Uebernahme des heute unpopulärsten Ministeriums entschlossen. Mag man über den zu erwartenden Erfolg geteilter Meinung sein, er wird jedenfalls um so greifbarer sein, wenn er unterstützt wird durch die

tätige Mitarbeit aller meiner Berufsgenossen,

denen, wie ich weiß, das Vaterland über alles andre geht. Berufsgenossen! Denkt an die fürchterlich unbefriedigliche Not in den Städten! Denkt daran, daß täglich wertvolle deutsche Menschenleben buchstäblich beruhernd! Denkt daran, daß ein neues glückliches Deutschland niemals aufzubauen ist, wenn die Städte sterben. Helft mir bei meiner unjagbar schweren Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen, bei meiner Aufgabe, die, wenn überhaupt, dann nur mit eurer freiwilligen und verständnisvollen Mitarbeit zu lösen ist. Ich hoffe, der Unterstützung aller Patrioten, somit der Unterstützung meiner Berufsgenossen sicher zu sein.

### Noch diese Woche wertbeständiges Geld.

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat am Dienstag eine Abordnung zum Reichskanzler geschickt und ihm folgende Forderungen unterbreitet:

1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger.
2. Heranschaffung und Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel.
3. Anpassung der Löhne an die Geldwertverfall ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge.

Der Reichskanzler hat den Forderungen der Gewerkschaften entsprechend die Herausgabe eines sofort in den Verkehr zu bringenden wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger angeordnet.

Eine amtliche Mitteilung darüber, unterzeichnet vom Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister, besagt:

1. Stücke der Goldanleihe sind ununterbrochen gedruckt worden, bis vor einiger Zeit aber hauptsächlich größere Stücke zur Befriedigung der Zeichnungen. Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden noch in dieser Woche in größerer Zahl zur Verfügung stehen. Ab Ende dieser Woche werden täglich etwa für 8 Millionen Goldmark Goldanleihestücke hergestellt werden.

2. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist sofort die Herstellung von Zwischenscheinen der Goldanleihe beschlossen worden, die über 1/4, 1/2 und 1/3 Dollar lauten werden. Der Druck hat bereits begonnen.

3. Industriellen Werken, die eine für wertbeständiges Geld geeignete Sicherheit bieten können, wird auf Antrag die Genehmigung zur Ausgabe wertbeständiger Notgeldes erteilt, damit recht bald ein Teil des Lohnes wertbeständig gezahlt werden kann.

4. Die Arbeiten für den Druck der Rentenmarktscheine erleiden durch die getroffenen Maßnahmen keine Unterbrechungen, sondern werden mit der gleichen außerordentlichen Beschleunigung wie bisher fortgeführt.

Das erste wertbeständige Notgeld wird wohl in Hamburg erscheinen, wo der Senat einen entsprechenden Beschluß bereits gefaßt hat. Das Geld soll auf Viertel- und Halbdollar lauten.



Die sächsische Bevölkerung, die Seiden des Landes nicht durch Unbesonnenheiten zu vermehren.

Für die kommunistische Fraktion gab Abg. Sievers eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung scheidet anstatt Brot Soldaten. Durch die Truppentransporte wird nicht nur die Bevölkerung auf's stärkste beunruhigt, durch sie werden die Getreidetransporte verhindert. Wir verlangen, daß endlich die Reichsregierung sich verantwortlich für die Zustände, die sich in Sachsen entwickeln. Durch die Reichsregierung werden Hunger und Elend vermehrt, die Ordnung der Generale kann nur die Ordnung der blutigen Unterdrückung sein. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist um so ungeheurer, wenn man im Gegensatz dazu ihr Verhalten gegenüber Bayern betrachtet. Die Republik ist in Gefahr. Wir verlangen von den proletarischen Regierungen Mitteldeutschlands, die Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen. Die kommunistische Partei fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht in einzelne militärische Kämpfe mit der Reichswehr einzulassen.

### Gegenwehr im Rheinland.

Die separatistische Bewegung im Rheinland ist am Dienstag auf Widerstand der Bevölkerung gestoßen, daß der von Mägen ausgehende Vorstoß, der das ganze Rheinland zu erfassen schien, nicht nur zum Stehen gekommen ist, sondern einen schweren Rückschlag erlitten hat. In einer ganzen Reihe von Orten hat die Bevölkerung unter führender Beteiligung der Arbeiterorganisationen die Separatisten und ihre bewaffneten „Stoßtrupps“ zu Paaren getrieben.

Wir stellen folgende Meldungen zusammen:

In Mägen befreite am Dienstag eine große Menschenmenge das Regierungsgebäude. Die belgischen Truppen verhielten sich passiv im Gegensatz zum Tage vorher. Die Separatisten flohen aus dem Regierungsgebäude. Die Menge zog danach zum Sekretariat der „Rheinischen Volksvereinigung“ und schloß sich an, nachdem einige Schüsse abgegeben worden waren. Das Sekretariat wurde vollständig demoliert, die Möbel auf die Straße geworfen. Die Listen sämtlicher Mitglieder der Vereinigung fielen in die Hände. Auf Grund dieser Listen zogen nun einzelne Trupps zu den Hauptträdelsführern der Sonderbündler und drangen in deren Wohnungen ein, wo sie alles kurz und klein schlugen.

Die Sonderbündler fuhren später mit einem Auto durch einige Straßen der Stadt und schossen blindlings in die Menge. Eine Reihe von Personen wurde verletzt. Nun bemächtigte sich der Menge eine ungeheure Erbitterung. Sie stürzte das Möbelgeschäft eines Anführers, in dem sich etwa 20 Sonderbündler verbarricadiert hatten, holte diese heraus und lynchte sie. Einige wurden buchstäblich totgeschlagen, die übrigen so schwer verwundet, daß sie fortgeschleppt werden mußten. Einige Sonderbündler, die aus dem hintern Teile des Gebäudes zu entfliehen versuchten, fielen ebenfalls der erregten Menge in die Hände und wurden blutig geschlagen. Einer von ihnen wurde getötet.

In Wiesbaden sind die Separatisten aus allen öffentlichen Gebäuden nach ganz kurzer Anwesenheit verschwunden, mit Ausnahme des Rathauses, wo sie wohl noch sitzen. Sie finden aber auch hier weder eine Gelegenheit, noch eine Möglichkeit, mehr zu tun, als ihre Anwesenheit dort zu dokumentieren. Der Verwaltungsapparat steht vorläufig noch still. In Mainz sind sie dort, wo sie eingebracht waren, am Dienstag wieder hinausgeworfen worden. Der Verwaltungsapparat in Mainz arbeitet nach einer kurzen Ruhepause wieder. Man spricht von einer ganzen Reihe von Toten und Verwundeten. Auf der ganzen Linie am Mittelrhein sind die Separatisten zurückgeschlagen.

In Wünnen-Gladbach sind die Sonderbündler aus dem von ihnen besetzten Rathaus vertrieben worden. Die Menge riß die auf dem Rathaus gehißte Fahne herunter und verfolgte die Sonderbündler bis über das Reichsbild der Stadt hinaus.

Dagegen ist es am Dienstag den Sonderbündlern gelungen, Duisburg zu „erobern“, nachdem die Besatzung der gesamten Polizei die Waffen abgenommen hatte.

In Koblenz belagert eine Menschenmenge das Rathaus, in dem sich Separatisten befinden. Im Bezirk Trier schreitet die Abfallbewegung noch fort. Krefeld ist von den Separatisten verlassen worden, aus Zülich wurden sie hinausgetrieben. Rudesheim ist von den Sonderbündlern besetzt worden.

### Die steuerfreien Beträge der Arbeiter.

Trotz der wöchentlichen und automatischen Anpassung des Lohnabzugs an die Geldentwertung sind die von den Arbeitern gezahlten Steuerbeträge in den letzten Wochen wesentlich über das Normalmaß hinausgegangen. Je stärker die Geldentwertung war und je mehr der Reallohn sank, um so größer wurde die Steuerbelastung.

In der laufenden Woche wird das wiederum dazu führen, daß zwischen 8 und 9 Prozent des ungeheuer tief gesunkenen Lohnes für Steuerleistungen zu entrichten sind. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand. Infolgedessen haben am Montag Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Reichsfinanzministerium Vorstellungen erhoben, damit noch in dieser Woche eine Erhöhung der steuerfreien Beträge um das Doppelte erfolgt.

Das Reichsfinanzministerium aber erklärte dieses Verlangen für technisch undurchführbar und mit so zahlreichen Ungerechtigkeiten verknüpft, daß es keine Anwendung nicht anordnen könne. Man anerkannte jedoch, daß der Lohnabzug zu hoch sei und versprach eine Milderung für die Neuverteilung der nächsten Woche.

Es soll durch eine völlige Anpassung der Ermäßigungsätze an die Geldentwertung erreicht werden, daß der Lohnabzug künftig nur zwischen 4 und 5 Prozent des Lohnes ausmacht.

### Gescheiterte Verhandlungen.

Im Reichsfinanzministerium fanden am 22. und 23. Oktober Verhandlungen über die geplante Personalverminderung bei den Behörden und in den Staatsbetrieben statt. Nachdem die Vertreter der Regierung über die beabsichtigten Maßnahmen Aufklärung gegeben hatten, wurden von den Vertretern der Spitzenorganisationen Gegenvorschläge gemacht. Die Gegenvorschläge der Organisation, die weitgehendstes Verständnis für die Absichten der Regierung bekunden und zum Teil — zum Beispiel in der Höchstaltersgrenze und in der Erleichterung des freiwilligen Ausscheidens — über die Vorschläge der Regierung hinausgingen, wurden in ihren wesentlichen Teilen von den Regierungsvertretern nicht angenommen, so daß die Verhandlungen zu keiner Einigung führten. Von den Spitzenorganisationen wurde schließlich folgende gemeinsame Erklärung abgegeben:

„Die Organisationen wiederholen die Erklärung, daß sie gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen die ernstesten Bedenken erheben. Nach der Auffassung der Organisationen kann ein Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben erst dann vorgenommen werden, wenn durch organisatorische und gesetzgeberische Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Der umgekehrte Weg beschwört in dieser schwierigen Zeit alle Gefahren planlosen Handelns herauf, ohne die auch die von den Organisationen erstrebte Gesundung des Reichshaushalts herbeizuführen.“

Trotz allem haben die Organisationen den ersten Willen zur Mitarbeit befunden. Sie haben ihrerseits Vorschläge unterbreitet, die geeignet waren, die schlimmsten Härten des Regierungsvorschlags zu mildern, ohne den von der Regierung angestrebten Zweck zu vereiteln. Zu ihrem Bedauern müssen die Organisationen feststellen, daß die Vertreter der Reichsregierung den Vorschlägen der Organisationen in allen wesentlichen Punkten ihre Zustimmung verweigert haben. Bei aller Würdigung staatspolitischer Notwendigkeiten lehnen die Organisationen unter diesen Umständen die ihnen bekanntgegebenen Vorschläge einmütig ab.

Die Verhandlungen wurden darauf als beendet erklärt.

**Dollar Amtliche Notiz 55 860 000 000**  
Beste Kurs in Reuevek 100 000 000 000 Mt.

### Der Rüsttriner Hochverratsprozeß.

In dem Prozeß gegen die Rüsttriner putschisten hat das außerordentliche Gericht in Kottbus die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die halbamtlichen Mitteilungen, die über den Prozeß verbreitet werden, beschränken sich auf knappe Zusammenfassungen. Was sonst bekannt wird, ist zunächst nicht nachprüfbar.

Aber es ist bemerkenswert, daß ein deutschnationales Blatt folgende Mitteilungen über die Rolle des deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe macht:

Unter den zur Verhandlung geladenen Zeugen befand sich auch der deutschvölkische Reichstagsabgeordnete v. Graefe, der es aber in einem Schreiben an das Gericht abgelehnt hat, in Kottbus zu erscheinen. Er beruft sich dabei einmal auf die Heberfälle parlamentarischer Arbeiter, die ihm obliegen, soann aber auch auf Artikel 38 der Reichsverfassung, auf Grund dessen man ihn nicht zum Erscheinen zwingen könne.

Graefe sollte darüber vernommen werden, ob es richtig sei, daß Major Buchruder in einer Besprechung im Bureau der drei völkischen Abgeordneten in der Deutscher Straße 6 gegenüber Graefe zum Vorschlag gebrängt habe, worauf dann beide nach Wünnen gefahren seien, um dort mit Giller und Luderdorff Rücksprache zu halten. Buchruder hat bei seiner Vernehmung diese Darstellung entschieden in Worte gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat sich gegenüber dem ablehnenden Bescheid Graefes weitere Dispositionen vorbehalten.

In der Dienstagnachmittagsitzung des Prozesses wurde die Vernehmung der Angeklagten beendet. Für Mittwoch ist die Vernehmung der Offiziere der Rüsttriner Garnison in Aussicht genommen.

### Notizen.

**Verständigung im Kohlenbergbau.** Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die Schiedsprüche im Bergbau für die Lohnwoche vom 15. bis 22. Oktober abgelehnt worden waren, traten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften für die Kohlenbergbaubezirke des nicht besetzten Gebietes am Dienstag im Reichsarbeitsministerium zur Verhandlung zusammen. Nach vermittelndem Eingreifen des Ministeriums kam über die Löhne für die genannte Lohnwoche eine Verständigung zustande, die der fortgeschrittenen Geldentwertung Rechnung trägt. Die Verhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk werden am Mittwoch fortgesetzt.

**Ausdehnung des Streikes im Braunkohlenbergbau.** Die Streikbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat auch auf das Niederlausitzer Gebiet übergegriffen. Mit Ausnahme der Lie-Grube ist dort der Streik allgemein. Ferner streikt das Forster Revier und die Glasindustrie dieses Bezirkes. Das Revier Görlitz streikt bis auf die Werke Oda und Censdorf. Die Reviere Vorna und Meuselwitz verharren gleichfalls noch im Streik. Im Magdeburger Revier ist die Lage unklar; es arbeitet nur die Gewerkschaft Gumboldt, alle anderen Braunkohlenwerke streiken. Auch in Bitterfeld hat sich eine Verschärfung der Lage herausgestellt. Auf Anordnung der Streikleitung Halle hat das Kraftwerk Björnorneth die Weisung erhalten, den Strom nach Bitterfeld zu unterbinden.

**Blutiger Zusammenstoß in Erfurt.** In Erfurt kam es am Dienstag zwischen einer größeren Menschenmenge und der Polizei zu einem Zusammenstoß. Auf Seiten der Demonstranten wurden ein Toter und zwei Verwundete festgestellt. Eine Reihe von Polizeibeamten wurde verletzt. Mehrere Demonstranten, bei

denen Waffen gefunden wurden, wurden festgenommen. Am Verlauf der Demonstrationen wurden einige Schaufenster zertrümmert.

**Die Läden geplündert.** In Schöningen, im braunschweigischen Kohlenrevier, sind am Dienstag nachmittag Läden und Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Zur Verhinderung der örtlichen Polizei wurde Schutzpolizei von Braunschweig entsandt. In Braunschweig kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu erregten Ansammlungen. Die wegen der hohen Lebensmittelpreise erregte Menschenmenge versuchte verschiedentlich Bäckereien gewalttätig zu plündern. Sofort überall eingesetzte Polizeistreifen konnten die Menge gestreuen.

**Vorsicht, falsche Parolen!** Nach vorliegenden Meldungen wird an verschiedenen Orten versucht, die Arbeiterschaft unter Vorspiegung der Generalliste sei proklamiert, in den Läden zu treiben. So auf der Vulkanwerft in Begejaß, wo gewissenlosen Schiebern dieser Art gelungen ist. Nach allerlei romantischem Unfug und durch Vermittlung der Betriebsräte ist es gelungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dasselbe wurde in einigen größeren Industriewerken Bremens versucht, hier aber erfolglos.

**Der Stettiner „Volksbote“ verboten.** Wie uns gemeldet wird, hat das Wehrkreiskommando Stettin unser Parteiorgan, den „Volksboten“, auf 3 Tage verboten.

**Goldschatzangelegenheiten in Waben.** Auf der Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Mannheim führte der Minister des Innern, Staatspräsident Genosse Memmel, aus, daß Waben sich zur Ausgabe von Goldschatzangelegenheiten entschlossen hat. Die in den Schätzen der Bauern ruhende Ernte könne nur durch ein wertbeständiges Zahlungsmittel dem hungernden Lande zugeführt werden, und deshalb sei schnelles Handeln notwendig. Die Goldschatzangelegenheit sollen aus dem Holzzerlös des badischen Staates gedeckt und am Fälligkeitstag in der dann geltenden Währung zurückgezahlt werden. Die Anweisungen werden in Stückden von 1, 2, 5 und 10 Dollar herausgegeben. Um sie auch dem Kleinverkehr zugänglich zu machen, sind auch Goldpfennige vorgesehen. Durch diese Anordnung unterscheidet sich die badische Anleihe vorteilhaft von der Reichsanleihe und auch von dem Rentenmarkprojekt.

**Agrarische Schacherkämpfe.** Die preussische Grundsteuer ist am Freitag nachmittag im Ständigen Ausschuss des Landtags gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Teiles des Zentrums angenommen worden. Der Regierungsentwurf wurde nur unwesentlich geändert. Während er eine Verringerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit 3,60 Goldmark und des städtischen Grundbesitzes mit 2,40 Goldmark für zwei Morgen vorsah, wurde die monatliche Einziehung von 20 Goldpfennig von den städtischen und 25 Goldpfennig für den ländlichen Grundbesitz beschlossen. Für den ländlichen Grundbesitz bedeutet das eine Verminderung von 30 auf 25 Goldpfennig.

**Arbeitslosigkeit in Europa.** Die allgemeine wirtschaftliche Depression hat auf den Beschäftigungsgrad der europäischen Länder kaum ungünstig eingewirkt. So fiel die Zahl der Beschäftigten in Belgien die Zahl der arbeitslosen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer von 1,8 im Januar auf 0,8 Prozent im Juni, in Dänemark von 21,5 Prozent im Januar auf 7,6 Prozent im August, in Schweden und Norwegen von 21,4 Prozent bzw. 16,1 Prozent im Januar auf 9,8 bzw. 7,9 Prozent. In Holland fiel die Zahl der Arbeitslosen, die im Anfang des Jahres 1923 noch 19,3 Prozent aller gegen Arbeitslosigkeit Versicherten umfaßte, im Hochsommer auf 12,4 Prozent. Eine Ausnahme in dieser günstigen Entwicklung machen nur Deutschland und England. In England betrug die Zahl der Arbeitslosen im Januar 1923 13,7 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, während in Deutschland 4,2 Prozent arbeitslos waren.

### Depeschen.

**München in Kassel.**

M. Kassel, 24. Oktober. Gestern nachmittag versuchte eine etwa tausendköpfige Menge von Arbeitslosen, die sich dauernd verstärkte, die geschlossenen Fabriktore der Firma Genßel u. Sohn einzudringen, was jedoch durch die Werkwache verhindert wurde. Ein großer Teil dieser Leute zog nun die Untere Königstraße in Richtung zum Königplatz herauf. Der Führer einer kleinen Polizeitruppe, der die Ansammlung abdrängen wollte, wurde dabei tätlich angegriffen, so daß er von seiner Schutzwaffe Gebrauch machte, wodurch ein Arbeiter schwer, zwei weitere leicht verwundet wurden. Die Menge flüchtete nunmehr auseinander.

Im Laufe des Nachmittags bis in den Abend hinein kam es an verschiedenen Stellen erneut zu Ansammlungen, die durch Polizeiaufgehorte gestreut wurden. Von einem unbekanntem Täter wurde in der Königstraße ein Sprengkörper auf die Schienen der Straßenbahn gelegt, der beim Passieren der Straßenbahn explodierte, ohne erheblichen Schaden anzurichten.

**In Mägen.**

M. Mägen, 24. Oktober. Wie wir um 6 Uhr früh von zuständiger Seite erfahren, ist das hiesige Regierungsgeschäft, in dem der letzte Haupttrupp der Separatisten sich behaupten konnte, in der vergangenen Nacht nicht geräumt worden. Da man beobachtete, daß nachts unter dem Schutze der von der Besatzung verhängten Straßensperre mehrfach Autos vor dem Gebäude vorfahren, ist anzunehmen, daß sie Verstärkung an Waffen erhalten haben.

**Meutereien in Griechenland.**

M. Athen, 25. Oktober. Agence Athènes meldet: Seit der Aufhebung des Belagerungszustandes in der letzten Woche führte die reaktionäre Presse von Athen einen äußerst heftigen Feldzug gegen die Regierung. Meutereien fanden bereits in Katalonia, Drama, Chalkis und Vercia ihr Ende. Die Meutereien in Korinth, Patras und Salamanta verharren noch im Aufbruch. Die Regierung verhängte heute früh den Belagerungszustand wieder und beschlagnahmte die heutigen Morgenblätter der oppositionellen Presse.

# feurio

Nur gute Seife ist billig  
drum nehme feurio.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G.m.b.H.

